

*Ehemalige Mitarbeiter von US-Geheimdiensten haben sich aus Anlass des NATO-Gipfels in Warschau erneut mit einem Memorandum an Kanzlerin Angela Merkel gewandt.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 089/16 – 09.07.16**

**Kanzlerin Merkel soll die Kriegstreiberei der NATO bremsen**  
Ehemalige Mitarbeiter von US-Geheimdiensten bitten die deutsche Kanzlerin Merkel, auf der bevorstehenden NATO-Konferenz für Vernunft und Zurückhaltung einzutreten, um einen gefährlichen neuen Kalten Krieg mit Russland zu verhindern  
Consortium News, 06. 07.16

( <https://consortiumnews.com/2016/07/06/merkel-urged-to-temper-natos-belligerence/> )

**Memorandum an die deutsche Kanzlerin Angela Merkel  
von Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS)**  
(von ehemaligen Geheimdienstmitarbeitern für Vernunft)  
zum NATO-Gipfel in Warschau

Bezug: Unser am 30. August 2014 an Sie gerichtetes Memorandum  
(s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP13714\\_030914.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP13714_030914.pdf) )

Frau Bundeskanzlerin, wir langjährigen Geheimdienstmitarbeiter möchten uns vor dem wichtigen NATO-Gipfel, der am 8. Juli in Warschau beginnt, erneut in großer Sorge an Sie wenden. Es hat uns gefreut, zu erfahren, dass Sie und Ihre Berater das Memorandum, das wir Ihnen vor dem NATO-Gipfel in Wales zukommen ließen, zur Kenntnis genommen haben, und dass durch einen Bericht, der zum Konferenzbeginn am 4. September in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht wurde (s. <http://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-in-der-ukraine-ex-geheimdienstler-bezweifeln-russische-invasion-1.2114686> ), auch die deutsche Öffentlichkeit davon erfuhr.

### **Von Wales bis Warschau**

Der Warschauer Gipfel ist mindestens ebenso wichtig wie der vorherige in Wales und wird vermutlich noch weitreichendere Folgen haben. Wir finden es besorgniserregend – wenn nicht sogar eigenmächtig vorpreschend – dass NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf einer Pressekonferenz am 4. Juli erklärt hat, die NATO-Mitglieder würden in Warschau beschließen, "die Militärpräsenz im Osten der Allianz zu erhöhen", und das sei "die größte Verstärkung seit dem Kalten Krieg".

Die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Zusammenstoßes in der Luft oder auf See – ungewollt oder absichtlich – ist sehr viel größer geworden, weil Präsident Obama, wie wir noch nachweisen werden, die führenden Militärs der USA und der NATO, die gern Cowboy spielen, nicht unter Kontrolle hat. Deshalb ermutigen wir Sie – wie schon vor dem letzten NATO-Gipfel in Wales – Ihre NATO-Kollegen bei den Verhandlungen in Warschau zu "etwas größerer Skepsis" zu ermutigen, vor allem im Hinblick auf die Bedrohung, die angeblich von Russland ausgeht.

Viele von uns haben sich jahrzehntelang mit der Außenpolitik Moskaus beschäftigt. Wir können nur verwundert unsere Köpfe über führende westliche Politiker schütteln, die nicht erkennen wollen, dass sich die Russen durch die NATO-Manöver an ihrer Westgrenze an Hitlers "Unternehmen Barbarossa" erinnert fühlen, das vor 75 Jahren begann und 25 Millionen Bürger der Sowjetunion das Leben gekostet hat. Unserer Ansicht nach ist es

unverantwortlich dumm, zu glauben, der russische Präsident Wladimir Putin werde keine Gegenmaßnahmen ergreifen und Zeit und Ort dabei selbst bestimmen.

Putin wird seine Generäle nicht davon überzeugen können, dass die NATO-Aktivitäten nur Geprahle und Wichtigtuerei sind. Sie verlangen bereits von ihm, deutlicher zu reagieren und mehr Stärke zu zeigen. Russland betrachtet die großen Militärmanöver an seiner Westgrenze und in der Ukraine als nicht hinnehmbare Provokation, gegen die es sich zur Wehr setzen muss.

Damit alles nicht noch schlimmer wird, müssen erfahrene Politiker aus NATO-Staaten zeigen, dass sie Verhandlungen und diplomatisch ausgehandelte Kompromisse dem Säbelgerassel (der US-Generäle) vorziehen. Sonst wird es zu einem militärischen Konflikt mit Russland kommen, der jederzeit zu einem Atomkrieg eskalieren könnte.

Es ist äußerst beunruhigend, dass viele NATO-Politiker aus der zweiten Reihe diese drohende Gefahr nicht erkennen oder verdrängen. Demagogische Sprüche wie die des ehemaligen polnischen Präsidenten Lech Walesa, der schwadroniert, er würde russische Kampffjets, die US-Zerstörern zu nahe kommen, einfach abschießen lassen, sind wenig hilfreich. Walesas Ton ist jedoch typisch für das Macho-Gehabe, mit dem Polen und andere östliche NATO-Neulinge Russland provozieren.

Wir glauben, dass Außenminister Frank-Walter Steinmeier recht hat, wenn er darauf hinweist, dass militärische Muskelspiele an Russlands Grenzen die regionale Sicherheit verringern. Wir begrüßen seine Warnung: "Wir sind gut beraten, keine Vorwände zur Erneuerung einer alten Konfrontation zu liefern."

### **Jetzt ist Offenheit gefragt**

Was die "Vorwände zur Erneuerung einer alten Konfrontation" angeht, halten wir die Zeit für gekommen, sich daran zu erinnern, dass die in den letzten beiden Jahren ständig steigenden Spannungen zwischen dem Westen und Russland auf den vom Westen gesponserten Staatsstreich in Kiew, der am 22. Februar 2014 stattfand, und die als Reaktion darauf erfolgten Annexion der Krim durch Russland zurückgehen.

Obwohl wir gemeinsam über mehrere Hundert Jahre Geheimdienst erfahrung verfügen, hat noch niemand von uns erlebt, dass ein schon Wochen vorher angekündigter Staatsstreich dann auch wirklich stattfand. Nur wenige scheinen sich noch daran zu erinnern, dass Anfang Februar 2014 auf YouTube ein abgehörtes Telefongespräch (s. <https://www.youtube.com/watch?v=MSxaa-67yGM>) zwischen Victoria Nuland, einer Staatssekretärin im US-Außenministerium, und dem US-Botschafter in Kiew veröffentlicht wurde, in dem "Yats" – so wurde Arsenij Jazenjuk abgekürzt – als von den USA gewünschter Premierminister einer nach dem Staatsstreich in Kiew neu zu installierenden Regierung genannt wurde.

Dieses einzigartige Vorkommnis veranlasste den allgemein respektierten Analysten George Friedman, der Präsident des Thinktanks STRATFOR ist, den am 22. Februar 2014 in Kiew durchgezogenen Putsch als "den wirklich dreistesten Staatsstreich der Geschichte" zu bezeichnen.

Nach Darstellung westlicher Politiker und Berichten in konzerneigenen Mainstream-Medien sollen die Veränderungen in Osteuropa erst am 23. Februar 2014 begonnen haben. Ein besonders typisches Beispiel für diese andere Sichtweise sind Äußerungen, die Douglas Lute, der US-Botschafter bei der NATO, am 30. Juni 2016 auf einer Pressekonferenz zum NATO-Gipfel gemacht hat (s. <https://nato.usmission.gov/api-ipa-warsaw-summit-q-and-a/>):

"Ab 2014 hat eine immer noch nicht abgeschlossene neue Periode in der langen Geschichte der NATO begonnen. Warum das zutrifft, möchte ich jetzt belegen. Die 2014 einsetzende Veränderung wurde durch die neue Aggressivität Russlands unter Wladimir Putin verursacht. Ende Februar, Anfang März hat er erst die Krim besetzen lassen und anschließend widerrechtlich annektiert. In den ersten Monaten des Jahres 2014 hat also Russland die strategische Partnerschaft (mit der NATO) aufgekündigt."

Angesichts des (von der US-Regierung inszenierten) Staatsstreichs und der dadurch verursachten Instabilität in der Ukraine ist es reine Heuchelei, wenn Botschafter Lute vorträgt, die NATO wünsche sich mehr Stabilität in der Ukraine. Im Klartext heißt das nämlich, die USA möchten, dass sich die NATO weiterhin in der Ukraine einmischt, auch wenn sie dabei einen Konflikt mit Russland riskiert.

Die Konflikte an der Peripherie der NATO hält Lute für eins der "Schlüsselthemen" in Warschau, Er erklärte "Was tun wir zur Stabilisierung der Peripherie? Wir müssen uns nicht um die Verteidigung von Staaten außerhalb der NATO kümmern. Aber es liegt in unserem Interesse, sie so stabil wie möglich zu machen."

Wir meinen, die westlichen Politiker sollten endlich einsehen, dass es vor dem Staatsstreich in Kiew und dem Gerede von einem baldigen NATO-Beitritt der Ukraine keine russischen Pläne zur Annexion der Krim gab. So lange erfahrene NATO-Politiker nicht in der Lage und dazu bereit sind, zwischen Ursache und Wirkung zu unterscheiden, werden die Spannungen weiter steigen – und das würde verheerende Folgen haben, die unserer Meinung nach unnötig und vermeidbar sind.

### **Die Ukraine bleibt das Hauptproblem**

In unserem Memorandum vom August 2014 haben wir Ihnen empfohlen, den Anschuldigungen des US-Außenministeriums und der NATO, Russland plane eine Invasion der Ukraine, zu misstrauen. Heute wissen wir, dass unsere damalige Empfehlung mehr als berechtigt war.

Wir wissen jetzt, dass Philip Breedlove, ein General der U.S. Air Force, der bis vor zwei Monaten NATO-Oberkommandierender war, unbedingt eine Konfrontation (der NATO) mit Russland und den Separatisten in der Ostukraine, die den Staatsstreich ablehnen, herbeiführen wollte. Das geht aus erst kürzlich bekannt gewordenen E-Mails (s. <https://theintercept.com/2016/07/01/nato-general-emails/> ) hervor, die unsere Vorbehalte gegen die von Breedlove vorgelegten nichtssagenden Fotos und zweifelhaften "geheimdienstlichen Erkenntnisse" bestätigt haben; seine "Beweise" hätten keine Prüfung überlebt.

Weil Breedlove die Zustimmung (des Kongresses) für einen Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine haben wollte, Barack Obama aber dagegen war, hat Breedlove den Präsidenten hart kritisiert und als "Feigling" dargestellt.

Die E-Mails belegen, dass Breedlove hinter Obamas Rücken versuchte, die USA durch Intrigieren, Bedrängen, Überzeugungsarbeit, Schmeicheleien und Druck in einen Krieg mit Russland zu treiben. Einer der E-Mail-Adressaten Breedloves antwortete ihm: "In Anbetracht dessen, dass Obama Ihnen untersagt hat, einen Krieg mit Russland anzuzetteln, ist ihre E-Mail ein starkes Stück." Breedlove versuchte es aber weiter.

Ihr eigener Nachrichtendienst hätte Ihnen, Frau Merkel, bestätigen können, dass Breedlove 2015 von bloßen Übertreibungen zu Lügen überging, als er behauptete, "mehr als eintausend Kampfpanzer, russische Kampfverbände, modernste Luftabwehrraketen und Artilleriegeschütze" seien in die Ostukraine verlegt worden.

Mit solchen und ähnlichen Falschmeldungen versuchte Breedlove andere Militärs zu gewinnen und Unterstützung von Kongressabgeordneten zu bekommen, um Obama wenigstens zu Waffenlieferungen an die ukrainischen Streitkräfte zu bewegen.

General Breedlove war nicht der einzige Kriegstreiber. Auch US-Admiral James Stavridis, der NATO-Oberkommandierender vor ihm, war einer. Ein Jahr, nachdem die USA und einige NATO-Staaten mit Luft- und Raketenangriffen den Sturz des libyschen Präsidenten Muammar Gaddafi ermöglicht hatten, schrieben Stavridis und Ivo Daalder, ein ehemaliger US-Botschafter bei der NATO darüber im Magazin *Foreign Affairs* (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Foreign\\_Affairs](https://de.wikipedia.org/wiki/Foreign_Affairs)): "Die NATO-Operation in Libyen gilt zu Recht als modellhafte Intervention."

Die Libyen-Operation war natürlich das genaue Gegenteil. Weil jetzt Chaos in Libyen herrscht, sind schon Hunderte von Flüchtlingen im Mittelmeer ertrunken. Es war sehr klug, dass Ihre Regierung Deutschland aus dieser "modellhaften Intervention herausgehalten hat.

Es fällt uns nicht leicht, hohe Generäle oder Admirale der USA und US-Botschafter Lute, die hohe Positionen in der NATO hatten, so hart zu kritisieren, aber unsere Kritik ist unvermeidlich. Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit nicht nur auf deren mangelhafte Qualifikation, sondern auch darauf lenken, dass diese Herren den US-Präsidenten nicht respektiert haben.

In unserem Memorandum vom 30. Aug 2014 haben wir bereits darauf hingewiesen, dass Präsident Obama "auf bestimmte Personen in seiner Regierung nur geringen Einfluss hat". Weil dazu auch höhere Offiziere gehören, konnte Obama den General Breedlove nicht aus seinem Amt entfernen, obwohl dieser hinter seinem Rücken gegen ihn intrigierte und trotz anderslautender Anordnungen des US-Oberbefehlshabers in einem Krisenherd wie der Ukraine eine bewaffnete Konfrontation mit Russland entfesseln wollte.

### **Jetzt ein klares "Nein!"**

Ein Grund dafür, dass wir uns erneut an Sie wenden, ist Ihr Eintreten für geduldige diplomatische Verhandlungen an Stelle von Säbelrasseln und Provokationen. Erfreut haben wir registriert, dass sie am 9. Februar 2015 bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Präsident Obama in Washington trotz bohrender Fragen standhaft geblieben sind und Waffenlieferungen an die Ukraine abgelehnt haben.

"Sie wissen, dass ich derartige Waffenlieferungen ablehne," war Ihre eindeutige Antwort. Sie sind auch nicht davon abgewichen, dass sie der Diplomatie den Vorzug vor Waffen geben als die insistierende Frage gestellt wurde: "Frau Merkel, die von Ihnen bevorzugte Diplomatie hat doch nichts gebracht. Können Sie wenigstens die Ungeduld der Amerikaner verstehen, die Waffen liefern wollen?"

Wir glauben, dass Ihr entschiedenes "Nein" zu Waffenlieferungen an die Ukraine ausschlaggebend dafür war, dass diese Idee im Vorjahr aufgegeben wurde. Sie wissen viel besser als wir, dass Ihre klare Haltung entscheidend dazu beigetragen hat, dass eine – wenn auch brüchige – Waffenruhe zustande kam, die weniger Opfer als eine Ausweitung der Kämpfe fordert, die eingetreten wäre, wenn Kiew Waffen erhalten hätte.

Sie blieben bei Ihrer ablehnenden Haltung, obwohl sie damit in Opposition zu vielen Politikern, Militärs und Medien in den USA gerieten, die Krieg statt Diplomatie wollen.

Es ist unvermeidlich, dass erneut Waffenlieferungen an die Kiewer Regierung gefordert werden, schon wegen der andauernden Feindseligkeiten in der Ostukraine. Wir hoffen, dass objektiv untersucht wird, wer dafür die Verantwortung trägt, dass die Minsker Vereinbarung, die Sie, Ihr Außenminister Steinmeier und dessen Kollegen in Frankreich und Russland als Friedensplan für die Ukraine ausgehandelt haben, noch immer nicht voll umgesetzt ist.

US-Außenminister John Kerry wird Kiew am 7. Juli, einen Tag vor Beginn des Warschauer Gipfels, besuchen. Er könnte darum gebeten werden, über seine Eindrücke von den stürmischen politischen Entwicklungen zu berichten, die in den letzten Monaten in der Ukraine eingetreten sind.

Unserer Ansicht nach haben sich die Verhältnisse weiter verschlechtert; Andrij Parubij (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Andrij\\_Parubij](https://de.wikipedia.org/wiki/Andrij_Parubij) ) fungiert jetzt als Sprecher des ukrainischen Parlaments. Er ist einer der einflussreichsten Politiker der ukrainischen Ultranationalisten und ohne Zweifel ein Neonazi. 1991 hat er die Sozialnationalistische Partei der Ukraine gegründet, gemeinsam mit Oleh Tjahnybok (Informationen zu ihm s. unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Oleh\\_Tjahnybok](https://de.wikipedia.org/wiki/Oleh_Tjahnybok) ), der auch zu denen gehört hat, die im Februar 2014 geputsch haben und jetzt die extrem rechte Swoboda-Partei (Infos dazu s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Allukrainische\\_Vereinigung\\_%E2%80%9ESwoboda%E2%80%9C](https://de.wikipedia.org/wiki/Allukrainische_Vereinigung_%E2%80%9ESwoboda%E2%80%9C) ) führt.

Parubij hat den Namen der Sozialnationalistische Partei gewählt, weil es sich mit der Nationalsozialistischen Partei Hitlers identifiziert. Das offizielle Symbol seiner Partei ist eine leicht modifizierte Wolfsangel, die schon von der SS verwendet wurde. Beide Parteien machen Russland für die misslichen Zustände in der Ukraine verantwortlich.

Angesichts der Tatsache, dass Parubij Sprecher des ukrainischen Parlaments ist, hat sich NATO-Generalsekretär Stoltenberg mit seiner Behauptung, die Ukraine halte sich an die Gesetze und sei auf dem Weg zur Demokratie, einfach nur lächerlich gemacht.

Am Montag hat Parubij im Fernsehen verkündet: "Ich habe das Minsker Abkommen von Anfang an abgelehnt," und hinzugefügt, "die Moskauer Pläne mit der Ukraine können nur gewaltsam und durch internationale Sanktionen verhindert werden."

Ebenfalls am Montag sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow (Infos zu ihm s. unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Dmitri\\_Sergejewitsch\\_Peskow](https://de.wikipedia.org/wiki/Dmitri_Sergejewitsch_Peskow) ) vor Reportern, die Ukraine bemühe sich überhaupt nicht darum, auch nur eine der im Minsker Abkommen getroffenen Vereinbarungen – die Waffenruhe, den Abzug schwerer Waffen, Kommunalwahlen in der Ostukraine oder die Verfassungsreform – umzusetzen.

### **In Polen das Mögliche versuchen**

Es wäre viel besser, wenn die führenden Politiker der NATO in Warschau auf Muskelspiele und Säbelrasseln verzichten und stattdessen eine ernsthafte Diskussion darüber führen würden, dass sich Kiew immer noch weigert, das Minsker Abkommen zu realisieren. Mit einer offenen Diskussion wäre der bisher übliche reflexhafte Kniefall vor der Ukraine und die Abarbeitung ihrer langen Liste von Beschwerden über Russland zu vermeiden.

Der US-Botschafter Lute sollte gefragt werden, ob er irgendeine einflussreiche Person in Kiew benennen kann, die dazu in der Lage wäre, die Blockade zu überwinden und das in Minsk so mühevoll erarbeitete Friedensabkommen zu verwirklichen.

Ein weiterer lohnender Versuch wäre die Einrichtung einer NATO-Arbeitsgruppe, die sich

mit den von Russlands vorgeschlagenen organisatorischen und technischen Maßnahmen zur Vermeidung von Luftzwischenfällen über der Ostsee befasst.

Es wäre auch sehr konstruktiv, wenn sich die NATO mit den eigentlichen Ursachen der schrecklichen Terrorakte befassen würde, die in den letzten Tage in Istanbul, Dhaka, Bangladesch und Bagdad so viele Opfer gefordert haben. Dabei wäre zu bedenken, dass auch in Mitteleuropa Gewalt nur immer neue Gewalt erzeugt. Es würde der NATO nicht schaden, wenn sie versuchen würde, zu ergründen, warum sich der Terrorismus immer weiter ausbreitet und wie er weniger gewaltsam, aber wirksamer als bisher eingedämmt werden könnte.

**Anmerkung:** Weil das bei uns so üblich ist, hat auch das Weiße Haus eine Kopie dieses Memorandums erhalten. Sie sollten wissen, dass wir selten erfahren, ob die Kopie auch dem Präsidenten Obama vorgelegt wird, und ob er sie dann überhaupt zur Kenntnis nimmt. Wir vermuten, dass der große Altersunterschied zwischen uns sehr erfahrenen VIPS und seinen relativ jungen Beratern der Grund dafür ist. Wenn Sie unsere Gedanken informativ und hilfreich finden, würde wir uns sehr freuen, wenn Sie das dem Präsidenten, den Sie ja am Freitag in Warschau treffen, mitteilen und ihm empfehlen würden, sie auch zu lesen.

#### **Für den Vorstand der Veteran Intelligence Professionals for Sanity:**

**William Binney**, former Technical Director, NSA; co-founder, SIGINT Automation Research Center (ret.)

**Daniel Ellsberg**, former State Department and Defense Department Official (VIPS Associate)

**Graham E. Fuller**, Vice-Chair, National Intelligence Council (ret.)

**Philip Giraldi**, CIA, Operations Officer (ret.)

**Mike Gravel**, former special agent of the Counter Intelligence Corps. former United States Senator from Alaska

**Matthew Hoh**, former Capt., USMC, Iraq & Foreign Service Officer, Afghanistan (associate VIPS)

**Larry C Johnson**, CIA & State Department (ret.)

**Brady Kiesling**, Foreign Service Officer, Political Counselor, Embassy Athens, (ret.) (associate VIPS)

**John Kiriakou**, Former CIA Counterterrorism Officer

**Edward Loomis**, NSA Cryptologic Computer Scientist (ret.)

**David MacMichael**, National Intelligence Council (ret.)

**Ray McGovern**, former US Army infantry/intelligence officer & CIA analyst (ret.)

**Elizabeth Murray**, Deputy National Intelligence Officer for Middle East, CIA (ret.)

**Torin Nelson**, Former HUMINT Officer, U.S. Department of the Army

**Todd Pierce**, MAJ, US Army Judge Advocate (ret.)

**Scott Ritter**, former Maj., USMC, former UN Weapon Inspector, Iraq

**Coleen Rowley**, Division Counsel & Special Agent, FBI (ret.)

**Peter Van Buren**, U.S. Department of State, Foreign Service Officer (ret.) (associate VIPS)

**Ann Wright**, U.S. Army Reserve Colonel (ret) and former U.S. Diplomat

*(Wir haben das Memorandum komplett übersetzt und einige Links in Klammern hinzugefügt. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*

## **Merkel Urged to Temper NATO's Belligerence**

**U.S. intelligence veterans are calling on German Chancellor Merkel to bring a needed dose of realism and restraint to the upcoming NATO conference, which risks escalating the dangerous new Cold War with Russia.**

July 6, 2016

MEMORANDUM FOR: Angela Merkel, Chancellor of Germany

FROM: Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS)

SUBJECT: NATO Summit in Warsaw

REFERENCE: Our Memorandum to You, August 30, 2014

We longtime U.S. intelligence officers again wish to convey our concerns and cautions directly to you prior to a critically important NATO summit – the meeting that begins on July 8 in Warsaw. We were gratified to learn that our referenced memorandum reached you and your advisers before the NATO summit in Wales, and that others too learned of our initiative via the Sueddeutsche Zeitung, which published a full report on our memorandum on Sept. 4, the day that summit began.

### **Wales to Warsaw**

The Warsaw summit is likely to be at least as important as the last one in Wales and is likely to have even more far-reaching consequences. We find troubling – if not surprising – NATO Secretary General Jens Stoltenberg's statement at a pre-summit press event on July 4 that NATO members will agree to "further enhance NATO's military presence in the eastern part of the alliance," adding that the alliance will see its "biggest reinforcement since the Cold War."

The likelihood of a military clash in the air or at sea – accidental or intentional – has grown sharply, the more so since, as we explain below, President Obama's control over top U.S./NATO generals, some of whom like to play cowboy, is tenuous. Accordingly we encourage you, as we did before the last NATO summit, to urge your NATO colleagues to bring a "degree of judicious skepticism" to the table at Warsaw – especially with regard to the perceived threat from Russia.

Many of us have spent decades studying Moscow's foreign policy. We shake our heads in disbelief when we see Western leaders seemingly oblivious to what it means to the Russians to witness exercises on a scale not seen since Hitler's armies launched "Unternehmen Barbarossa" 75 years ago, leaving 25 million Soviet citizens dead. In our view, it is irresponsibly foolish to believe that Russian President Vladimir Putin will not take counter-measures – at a time and place of his own choosing.

Putin does not have the option of trying to reassure his generals that what they hear and see from NATO is mere rhetoric and posturing. He is already facing increased pressure to

react in an unmistakably forceful way. In sum, Russia is bound to react strongly to what it regards as the unwarranted provocation of large military exercises along its western borders, including in Ukraine.

Before things get still worse, seasoned NATO leaders need to demonstrate a clear preference for statesmanship and give-and-take diplomacy over saber-rattling. Otherwise, some kind of military clash with Russia is likely, with the ever-present danger of escalation to a nuclear exchange.

Extremely worrisome is the fact that many second-generation NATO leaders seem blithely unaware – or even dismissive – of that looming possibility. Demagoguery like that coming from former Polish President Lech Walesa, who brags that he would “shoot” at Russian jets that buzz U.S. destroyers assuredly are not at all helpful. Walesa’s tone, however, does reflect the macho attitude prevailing today in Poland and some other NATO newcomers.

We believe Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier was correct to point out that military posturing on Russia’s borders will bring less regional security. We applaud his admonition that, “We are well advised not to create pretexts to renew an old confrontation.”

### **A Need For Candor**

Speaking of “pretexts to renew an old confrontation,” we believe the time has come to acknowledge that the marked increase in East-West tensions over the past two years originally stemmed from the Western-sponsored coup d’état in Kiev on Feb. 22, 2014, and Russia’s reaction in annexing Crimea.

Although we have a cumulative total of hundreds of years of experience in intelligence, we had never before seen planning for a coup d’état exposed weeks in advance – and then carried out anyway. Few seem to remember that in early February 2014, YouTube published a recording of an intercepted conversation between U.S. Assistant Secretary of State Victoria Nuland and the U.S. ambassador in Kiev, during which “Yats” (for Arseniy Yatsenyuk) was identified as Washington’s choice to become the new prime minister of the coup government in Kiev.

This unique set of circumstances prompted widely respected analyst George Friedman, president of the think tank STRATFOR, to label the Putsch in Kiev on Feb. 22, 2014, “really the most blatant coup in history.”

If one listens only to Western politicians and the corporate media, however, their version of recent history in Eastern Europe begins on Feb. 23, 2014. A particularly blatant example of this came on June 30, when U.S. Ambassador to NATO Douglas Lute spoke at a pre-summit press briefing:

“beginning in 2014 and still to this day, we’re moving into a new period in NATO’s long history. Why do I say that? Here’s the evidence I cite. So the first thing that happened in 2014 that marks this change is a newly aggressive, newly assertive Russia under Vladimir Putin. So in late February, early March of 2014, the seizing, the occupying of Crimea followed quickly by the illegal political annexation of Crimea. ... Well, any notion of strategic partnership came to an abrupt halt in the first months of 2014.” (Emphasis added)

In view of the coup d’état and post-coup instability in Ukraine, what Ambassador Lute goes on to say about NATO’s professed desire for stability in Ukraine comes across as disinge-

nuous. Far more important, it puts Russia on notice that – in the U.S. view, at least – meddling on the “periphery” between NATO and Russia will continue.

According to Lute, one of the “key themes” at Warsaw will be: “What do we do about the periphery.” Lute explains: “Here we talk about projecting stability. So we don’t have an obligation to defend states beyond NATO’s territory, but we realize it’s in our interest to make them as stable as possible.”

We suggest that it is past time for Western leaders to admit that there is not one scintilla of evidence of any Russian plan to annex Crimea before the coup in Kiev and the coup leaders began talking about Ukraine joining NATO. If senior NATO leaders continue to be unable or unwilling to distinguish between cause and effect, increasing tension is inevitable with potentially disastrous results – all of them unnecessary and avoidable, in our view.

### **Ukraine: Still Festering**

In our August 2014 memorandum, we suggested that you be “appropriately suspicious of charges made by the U.S. State Department and NATO officials alleging a Russian invasion of Ukraine.” Actually, the gravity of the situation was considerably worse than we realized at the time.

We now know that U.S. Air Force Gen. Philip Breedlove, who was Supreme NATO Commander until two months ago, was pressing hard for confrontation with Russia and the anti-coup separatists in eastern Ukraine. This comes through clearly in Breedlove’s recently disclosed emails, which now confirm what we believed in 2014; namely, that everyone needed to examine closely Breedlove’s exaggerated claims, many of them based on fuzzy photos and other highly dubious “intelligence.”

Lobbying for approval to wage a proxy war with Russia in Ukraine, Breedlove was highly critical of President Barack Obama’s policy, which Breedlove disparaged as simply: “Do not get me into a war.” (As though this were some kind of cowardly order!)

The emails show that behind Obama’s back, Breedlove kept trying to “leverage, cajole, convince or coerce the U.S. to react” to Russia. One of Breedlove’s email correspondents wrote back to him: “Given Obama’s instruction to you not to start a war, this may be a tough sell,” but this did not stop Breedlove from trying.

In 2015, as your own intelligence analysts were able to tell you, Breedlove went beyond hyperbole to outright fabrication with claims that “well over a thousand combat vehicles, Russian combat forces, some of the most sophisticated air defense weapons, and battalions of artillery” had been sent to eastern Ukraine.

These were the kinds of faux claims Breedlove used in attempts to enlist help from the senior military and Congress in getting Obama to supply weapons to Ukrainian armed forces.

Lest we seem to be singling out Gen. Breedlove, his predecessor as Supreme NATO Commander, Adm. James Stavridis, was hardly provided good example. A year after the U.S. led some NATO countries in a Blitz of aircraft and missile strikes against Libyan President Muammar Gaddafi, Stavridis and former U.S. Ambassador to NATO Ivo Daalder wrote in *Foreign Affairs*: “NATO’s operation in Libya has rightly been hailed as a model intervention.”

The operation was just the opposite, of course. The chaos now reigning in Libya, with hundreds of refugees drowning in the Mediterranean, offers abundant proof that your go-

vernment's decision to keep Germany at arms-length from that "model intervention" was a wise one.

While it is somewhat awkward for us to offer such candid comments on the character and caliber of the most senior U.S. generals and admirals – including those, like Ambassador Lute, who end up getting appointed to senior political positions at NATO – such a critique is unavoidable. The important reality to which we draw your attention pertains not only to their qualifications, but also to their dismissive attitude toward President Obama.

We observed in our Aug. 30, 2014 memorandum that President Obama "has only tenuous control over the policymakers in his administration." That this includes senior military leaders can be seen in Obama's failure to remove Gen. Breedlove, who – in addition to his intense maneuvering behind Obama's back – made little effort to hide his open disdain for the cautious approach of his commander in chief toward the possibility of armed confrontation in volatile places like Ukraine.

### **An Appropriate "Nein!"**

One factor encouraging us to write to you again is your proven record of insistence on tenacious diplomacy rather than saber rattling and provocation. We noted, for example, that at a press conference with President Obama in Washington on Feb. 9, 2015, you personally experienced Breedlove-type pressure for sending lethal weaponry to Ukraine – the kind of pressure still being applied to Obama himself. You stuck to your guns, so to speak, when the first designated questioner noted that the U.S. was considering providing lethal weapons to Ukraine and that your view was "very different."

"I have given you my opinion on the export of arms," was your unequivocal answer. Nor did you diverge from your insistent preference for diplomacy over arms, as you replied to a final, plaintive question: "Mrs. Merkel, ... diplomacy, as you said yourself, has not brought much progress. Can you understand the impatience of the Americans when they say we ought to now deliver weapons?"

We believe your resolute "nein" to providing weapons to Ukraine was a key factor in scuttling that ill-conceived idea last year. And, as you know far better than we, your clearly expressed stance helped bring about a ceasefire that, however imperfect, was infinitely better than the escalation of fighting that would have inevitably resulted from sending weapons to Kiev's government forces.

You stuck to your position, even though it put you in opposition to nearly all political, military, and media voices in the U.S., which were expressing disdain for diplomacy and preference instead for war.

It is inevitable that there will be more proposals to send weapons to the Kiev government, particularly in view of the continued hostilities in eastern Ukraine. We hope that unbiased scrutiny can be given to which parties are responsible for blocking full implementation of the Minsk accords that you, Foreign Minister Steinmeier, and your French and Russian counterparts have worked hard to offer as a plan for peace in Ukraine.

Secretary of State John Kerry is visiting Kiev on July 7, a day before the Warsaw summit opens. He might be asked to share his impressions on the stormy political events in Ukraine over the past few months.

In our view, things have gone from bad to worse there, with Andriy Parubiy now speaker of the Ukrainian parliament. Parubiy is one of the most conspicuous leaders of Ukrainian ul-

tra-nationalist, and outright neo-Nazi, movements. In 1991 he founded the Social-National Party of Ukraine, together with Oleh Tyahnybok, another February 2014 coup plotter, who now leads the extreme right Svoboda party.

The name of Parubiy's Social-National Party was chosen to identify it with Hitler's National Socialist Party. Its official symbol is the somewhat modified Wolf's Hook (Wolfsangel), used by the SS. Both parties blame Russia for the ills besetting Ukraine.

Parubiy as Parliament Speaker makes a mockery of NATO Secretary General Stoltenberg's insistence that NATO has resolved to make sure that a law-abiding Kiev is "committed to democracy."

On Monday, Parubiy stated on TV, "I have not supported the Minsk agreements from the very start," adding that Moscow's "plans on Ukraine may be stopped only by force and international sanctions."

Also on Monday, Kremlin spokesman Dmitry Peskov told reporters that Ukraine has not made any new effort to facilitate implementation of the Minsk accords that call for a cease-fire, weapons withdrawal, local elections in eastern Ukraine, and constitutional reform.

### **Doing the Possible in Poland**

Instead of muscle flexing and saber rattling, it would likely be more constructive if NATO leaders held a serious discussion regarding Kiev's recalcitrance on the Minsk accords. An open discussion would mean avoiding the usual knee-jerk, wholesale identification with Ukraine's long list of real and imagined grievances against Russia.

U.S. Ambassador Lute might be asked if knows anyone with the kind of influence with Kiev that it would take to break the logjam and move events toward implementation of the peace agreements so painstakingly worked out at Minsk.

Another worthwhile endeavor would be to establish a NATO working group to respond to Russia's suggestion to devise organizational and technical measures to prevent close encounters or clashes of aircraft over the Baltic Sea.

Lastly, it would be highly constructive if NATO would take responsibility for assessing the fundamental factors behind the hideous outbreak of the terrorist acts that took so many lives over recent days in Istanbul, Dhaka, Bangladesh, and Baghdad. In this context, as well as in central Europe, violence begets violence. It should not be beyond the capability of NATO to undertake a fresh, hard look at why terrorism continues to increase, and to attempt to come up with new, more imaginative, less violent ways to address the issues that ultimately fuel the curse of terrorism.

NOTE: As is our custom, we are sending the White House a copy of this memorandum. We would like you to know, however, that we rarely receive any acknowledgement that our memoranda get through to President Obama – or that he pays them any heed if they do reach his desk. We suspect that the wide generation gap between his relatively young advisers and the longtime collective experience that we in VIPS bring to the table may, in part, account for this. Therefore, if you find our thoughts informative – perhaps even provocative – we suggest that, when you see the President on Friday in Warsaw, you urge the President to obtain and read his copy.

For the Steering Group of Veteran Intelligence Professionals for Sanity

William Binney, former Technical Director, NSA; co-founder, SIGINT Automation Research Center (ret.)

Daniel Ellsberg, former State Department and Defense Department Official (VIPS Associate)

Graham E. Fuller, Vice-Chair, National Intelligence Council (ret.)

Philip Giraldi, CIA, Operations Officer (ret.)

Mike Gravel, former special agent of the Counter Intelligence Corps. former United States Senator from Alaska

Matthew Hoh, former Capt., USMC, Iraq & Foreign Service Officer, Afghanistan (associate VIPS)

Larry C Johnson, CIA & State Department (ret.)

Brady Kiesling, Foreign Service Officer, Political Counselor, Embassy Athens, (ret.) (associate VIPS)

John Kiriakou, Former CIA Counterterrorism Officer

Edward Loomis, NSA Cryptologic Computer Scientist (ret.)

David MacMichael, National Intelligence Council (ret.)

Ray McGovern, former US Army infantry/intelligence officer & CIA analyst (ret.)

Elizabeth Murray, Deputy National Intelligence Officer for Middle East, CIA (ret.)

Torin Nelson, Former HUMINT Officer, U.S. Department of the Army

Todd Pierce, MAJ, US Army Judge Advocate (ret.)

Scott Ritter, former Maj., USMC, former UN Weapon Inspector, Iraq

Coleen Rowley, Division Counsel & Special Agent, FBI (ret.)

Peter Van Buren, U.S. Department of State, Foreign Service Officer (ret.) (associate VIPS)

Ann Wright, U.S. Army Reserve Colonel (ret) and former U.S. Diplomat

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**